

befürchten zu müssen, daß dieser von seiner ausgleichenden Linie abweicht. Ein Novum in der libanesischen Innenpolitik war, daß bei den Verhandlungen zur Regierungsbildung der Staatspräsident nicht wie sonst mit den einzelnen Parlamentariern, sondern mit den Vertretern der „Parteien“ und der regionalen Blöcke verhandelte. Im Kabinett Salam, das 18 Minister (also 18% der Abgeordneten) zählt, werden fast alle Parteien und Interessengruppen vertreten sein.

Die außenpolitische Situation

Die politischen Verhältnisse des Libanons werden in gleicher Weise von den bereits genannten innenpolitischen Verhältnissen als auch von der allgemeinen Situation innerhalb des arabischen Raumes bestimmt. Wird von außen her ein „national-arabischer“ Druck auf den Libanon ausgeübt, dann erstarken im Innern die separatistischen Tendenzen der Muslimen und zugleich auch die Gegenkräfte. Bewaffnete Gruppen treten in Aktion, von außen werden Geld und Waffen eingeschleust, und es entstehen bürgerkriegsähnliche Situationen oder wie 1958 ein tatsächlicher Bürgerkrieg. Zur Zeit ist das Kräfteverhältnis fast ausgeglichen. Ein nasseristisches Engagement im Libanon ist im Moment kaum zu erwarten, solange die innenpolitische Situation in Syrien unstabil ist. Es scheint auch so etwas wie ein Stillhalteabkommen zwischen Schehab und Nasser zu geben.

Dieses relativ ausgewogene Verhältnis kann jedoch sehr schnell zu Ende gehen. Die irakische Regierung scheint seit geraumer Zeit auf einen Umsturz in Syrien hinzuwirken (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 27). Im Laufe des Juli kam es zwar zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der VAR und dem Irak, es bleibt jedoch fraglich, ob diese von Dauer sein wird. Der beste Ansatzpunkt für einen irakisch unterstützten Umsturz in Syrien wäre ein ernsthafter Konflikt zwischen dem Libanon und der VAR. Es fehlte auch nicht an Gerüchten, daß der Irak versuche, libanesischen Abgeordnete „aufzukaufen“. Genau so bezeichnend für die labile Situation sind die „Basargerüchte“, die vor den Wahlen in Beirut kursierten (nach „The Economist“, 2. 6. 60). Nasser versuche das Dutzend christlicher Abgeordneter aufzukaufen, das er benötige, um den Libanon in die VAR hineinwählen zu lassen. Zusammen mit diesen möglicherweise gar nicht so unfundierten Gerüchten äußerten sich die phantastischsten Wunschträume libanesischer Christen, daß man in diesem Fall die Hilfe der Israelis in Anspruch nehmen müsse (zu denen einige Gruppen tatsächlich sehr freundschaftliche, wenn auch geheime Beziehungen unterhalten), weil man auf amerikanische Hilfe nicht mehr rechnen könne. Derartige Spekulationen sind natürlich von der politischen Realität weit entfernt — Israel wird sich kaum im Libanon engagieren —, sie zeigen aber doch, wie groß und schwerwiegend die Furcht der christlich-libanesischen Bevölkerung vor einer Änderung der gegenwärtigen Verhältnisse ist.

Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone

Was denken die Menschen in der Sowjetzone? Wie erfahren sie ihren Alltag, ihre Berufsarbeit? Wie stehen sie zu ihrem Betrieb, zum politischen System? Ist es dem Regime gelungen, in der Bevölkerung Resonanz zu finden, oder haben sich die Kräfte des inneren Widerstandes unter

den Mitteldeutschen bis heute gegenüber allen Zwangsversuchen zur Sozialisierung des Menschen als stärker erwiesen?

Das alles sind Fragen, die nicht nur von politischer Relevanz sind, etwa im Hinblick auf die Wiedervereinigung. Ihre einigermaßen wirklichkeitsgemäße Beantwortung läßt auch Rückschlüsse darauf zu, inwieweit der einzelne wie auch Gruppen sich systematischer Beeinflussung, d. h. Indoktrination, widersetzen können bzw. ihr erliegen, ob und wie sich Menschen gegenüber den Ansprüchen von totalitären Systemen einigeln können, wie sie zu diesem Zwecke die dem System immanenten Widersprüche zu ihrem Vorteil ausnutzen. Will man die oben gestellten Fragen auf einen Nenner bringen, so kann man sagen, daß sie alle nach der Resistenz des Menschen gegenüber einer militanten Ideologie fragen, in der der einzelne nicht mehr zählen soll.

Die Frage nach dem Widerstandswillen und der Widerstandskraft der Deutschen in der konkreten geschichtlichen Situation, d. h. in der machtmäßig und ideologisch vom Kommunismus besetzten Zone Deutschlands, wird man unter Berücksichtigung der weltanschaulichen Gegenkräfte und der historischen Voraussetzungen unterschiedlich zu beantworten geneigt sein. So kann man davon überzeugt sein, daß Christen kraft ihrer Glaubenshaltung und -einstellung, Bauern wegen des ihnen geschehenen Unrechts, freie Unternehmer wegen der auf ihnen lastenden Pressionen oder ihrer intensiveren Verbindungen zum westlichen Deutschland von vornherein erklärte Gegner des Regimes sind und daß von diesen Gruppen der härteste Widerstand ausgeht. Doch sicher sind solche Mutmaßungen nicht, wenn sie sich nur auf Eindrücke stützen. Es wäre auch möglich, daß gerade solche mit „Vorschuß“ bedachte Gruppen, in denen eine kleine Minderheit nach wie vor einen heroischen Kampf gegen die Unfreiheit kämpft, als Gruppe oder soziale Schicht längst resigniert hat, gerade weil sie dem Druck der Machthaber in besonders starkem Ausmaß während der letzten zehn Jahre ausgesetzt war. Wie die Gruppe, die soziale Schicht als Ganzes, dem System gegenüber eingestellt ist, kann nur durch exakte Untersuchungen ermittelt werden.

Derartige nach sozialen Schichten, weltanschaulichen oder beruflichen Gruppen unterschiedene Untersuchungsergebnisse liegen zu unserer Frage bis heute nicht vor. Wohl aber eine Studie, die nicht weniger aufschlußreich ist als die hier als notwendig umschriebenen. Es handelt sich um eine Erhebung, die sich mit einer sozialen Gruppe befaßt, die man als den entgegengesetzten Flügel zu den oben genannten Gruppen anzusehen geneigt ist: die Industriearbeiter der Zone. Diese bilden eine soziale Gruppe, die breit und daher gewichtig, um nicht zu sagen repräsentativ für die Bevölkerung Mitteldeutschlands steht. Die Industriearbeiter der Zone stellen zudem die Gruppe dar, die vom SED-Regime immer wieder als besondere Säule des kommunistischen Staates herausgestellt wird, um deretwillen der Prozeß der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen „Neuordnung“ eingeleitet wurde und heute durchgeführt wird — wie die Machthaber unausgesetzt behaupten. Diese Gruppe kann sicher nicht als „kapitalistisch“ oder als „bourgeois verseucht“ angesehen werden; sie war seit mehr als dreißig Jahren weitgehend sozialistisch, wenn nicht — wie in Sachsen — kommunistisch eingestellt.

Was denken diese „Schoßkinder des Systems“ über das System?

Die Studie, die sich mit dieser Frage befaßt, ist das Ergebnis einer Erhebung, die vom Institut Infratest, München, im Auftrage des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen durchgeführt wurde (Voggo Graf Blücher, Industriearbeiterschaft in der Sowjetzone. Eine Untersuchung der Arbeiterschaft in der Volkseigenen Industrie der SBZ. Enke Verlag Stuttgart 1959. 103 S.). Die Untersuchung hat zwei Mängel. Sie wurde 1956, also vor vier Jahren, durchgeführt, was im Hinblick auf die gegenwärtige Situation gewisse Modifizierungen der Ergebnisse wahrscheinlich macht (auch wenn die Verfasser versichern, daß die in den letzten Jahren gemachten Kontrolltests die Grundkonzeption der Studie bestätigten); die Erhebung mußte sich ferner auf die Aussagen von „Republikflüchtigen“ und „Westurlaubern“ beschränken. Doch ist in diesem Zusammenhang wichtig, daß nur bei 28 Prozent der Befragten das Motiv der politischen Flucht für das Verlassen der Zone entscheidend war.

Methodisch ist die Studie wissenschaftlich exakt gearbeitet. Die Erhebung setzt sich zusammen aus 83 Intensivinterviews (Monographien), weiteren 300 Interviews und einer Kontrolle des Erhebungsmaterials durch einen psychologischen Wort-Assoziationstest. Die Aufgliederung der zu Befragenden erfolgte entsprechend der sozialen Struktur der Arbeiterschaft in der Volkseigenen Industrie der Zone (Bergbau, chemische Industrie, Elektrotechnik, Energie, Maschinenbau, Baugewerbe u. a.), ferner unter regionalen und altersmäßigen Gesichtspunkten. Die Befragten stammten zu fast zwei Dritteln aus den mittleren Einkommensgruppen mit Monatsverdiensten zwischen 220 bis 520 DM; das letzte Drittel mit 520 bis 820 DM gehörte der Klasse der qualifizierten Arbeiter an.

Ein erstes Überschlagergebnis

Die untersuchte soziale Gruppe der Industriearbeiter zeichnete sich durch eine ungewöhnlich hohe Homogenität aus. 90 Prozent hatten ihren sozialen Status innerhalb der zehn Jahre Kommunismus in Mitteldeutschland nicht geändert, fast alle hatten nur die Volksschule besucht. Hingegen war die vertikale Mobilität (gegenüber der Elterngeneration) sehr hoch: nur 40 Prozent der Industriearbeiter stammten aus Arbeiterfamilien (die übrigen 60 v. H. kamen aus Angestellten-, Handwerker- und Bauernfamilien). Die Untersuchung weist übrigens ausdrücklich darauf hin, daß diese Form von Nivellierung und Mobilität, die mit zum Programm kommunistischer Sozialreform gehört, von den Kommunisten in der Zone nicht geschaffen, sondern vorgefunden worden ist.

Dieser relativ hohen Homogenität der Gruppe entspricht nicht ihre Einstellung gegenüber dem Kommunismus. Die Einstellung zum Kommunismus sprengt die Gruppe. Das Ergebnis der Intensivinterviews (Einstellung gegenüber dem Kommunismus) lautete:

Ganz oder überwiegend marxistisch-leninistisch eingestellt	35 v. H.
davon: überzeugte Kommunisten, Ideologiegläubigkeit	6 v. H.
unreflektierte Träger der kommunistischen Ideologie, mit gelegentlichem Ausbrechen	12 v. H.
überwiegend, aber nicht bewußt marxistische Gedankengänge	17 v. H.
teilweise, aber nicht überwiegend marxistische Haltungen	26 v. H.
von kommunistischer Ideologie frei, unreflektierte westliche bis bewußt antikommunistische Haltungen	35 v. H.
nicht auswertbare Fälle	4 v. H.

Zur rechten Beurteilung dieses Zahlenergebnisses weist die Untersuchung darauf hin, man dürfe nicht vergessen, daß die Befragten aus einer Zone ständiger kommunistischer Propaganda kommen. Ihr Weltbild kennt kein anderes Gegensatzpaar als Kapitalismus und Kommunismus. Außerdem sei bemerkenswert, daß die Mehrzahl der marxistisch Eingestellten den Marxismus unreflektiert und nicht bewußt vertrete. „In eine andere Umgebung gestellt, mit den tatsächlichen Alternativen zum Kommunismus vertraut gemacht, dürfte die Mehrzahl in dieser Gruppe durchaus für einen freiheitlichen oder demokratischen Sozialismus aufgeschlossen sein.“ Wichtiger jedoch als dieser Befund ist ein anderes Ergebnis, daß nämlich offensichtlich unter der Arbeiterschaft der bevorzugten Betriebe des Regimes es „eine nicht kleine Gruppe von Arbeitern gibt, die trotz der über fünfundsiebzigjährigen Tradition der wichtigsten Industriegebiete der SBZ allen ideologischen Beeinflussungsversuchen bisher widerstanden hat“.

Die Studie bietet jedoch in diesem ersten Überblick über die Grundeinstellungen der mitteldeutschen Arbeiter noch ein Ergebnis, das geeignet ist, dieses erste Ergebnis: Verhältnis des Arbeiters zur Partei, zu modifizieren. Eine Kontrollfrage der Interviewer lautete: Wie stehen Sie zur Eigentumsfrage? Sie wurde wie folgt beantwortet:

Radikal leninistisch (Volkseigentum, Modell SED)	16 v. H.
Gemäßigt marxistisch; Verstaatlichung mit Zugeständnissen an das Privateigentum	24 v. H.
Dualistische Wirtschaftsordnung; Grundstoffindustrien sozialisiert; privater Sektor (etwa Modell SPD heute)	29 v. H.
Marktwirtschaft mit staatlichem Sektor (etwa im Sinne der sozialen Marktwirtschaft)	15 v. H.
Liberalistische Eigentumsordnung	8 v. H.
Nicht auswertbar, da keinerlei klare Vorstellung	8 v. H.

Zwei Drittel aller Befragten sprachen sich also für irgendeine Form der Gemeinwirtschaft aus. Die Studie folgert daraus: Wenn auch den Kommunisten wirkliche Erfolge in der Beeinflussung der Arbeiterschaft der Zone bis jetzt versagt geblieben sind, so sind ihnen zweifellos „relativ tiefere Einbrüche“ in der Frage der Einstellung zum Eigentum gelungen. Wie inzwischen neuere Befragungen ergeben haben, „beschränkt sich diese Erscheinung nicht auf die Gruppe der Arbeiter in der SBZ“. Diese paradox erscheinende Einstellung des Arbeiters zum ideologischen System, zur institutionalisierten Ideologie und ihren Vertretern einerseits und zu den „Errungenschaften“ der „sozialistischen Ordnung“ andererseits durchzieht die gesamte Studie. Sie ist für den Arbeiter der SBZ typisch und scheint nicht auf ihn beschränkt zu sein.

Arbeiter und Volkseigener Betrieb

In der Untersuchung wurden Arbeiter auf 76 Volkseigenen Betrieben der Zone befragt. Davon waren 24 kleine und mittlere Betriebe (bis 1000 Mann Belegschaft), 37 Großbetriebe (bis 5000 Mann) und 15 Größtbetriebe (über 5000 Mann Belegschaft). Die Arbeiter äußerten sich fast nie aggressiv gegenüber ihrem früheren Betrieb. Grundtenor der Aussagen war: „Was meine Brigade war — die Leute waren in Ordnung.“ Daraus folgert die Studie, daß das Problem der kleinen Arbeitsgruppe in der Zone offenbar gelöst ist. „Dieses Befragungsergebnis“, so heißt es weiter, „erscheint im rechten Licht, wenn man seine Bedeutung an der Feststellung mißt, daß die ‚kleine Arbeitsgruppe‘ von der amerikanischen Betriebssoziologie als bedeutsames Element funktionsfähiger Betriebe und Vor-

aussetzung für optimale Arbeitsleistungen erkannt worden ist. Gehen die Amerikaner mehr und mehr dazu über, aus der ‚informal group‘ die Arbeitsgruppe zusammenzustellen, so fördern die Betriebe der SBZ offenbar mit vielen Mitteln die Solidarität der bestehenden formalen Arbeitsgruppen — nicht ohne Erfolg, wie die Untersuchung zeigt.“ Wurde jedoch die Frage nach dem Betriebsklima im gesamten Betrieb gestellt, „so erfährt man von Reibungen und Spannungen — auch dort, wo über eine gute Zusammenarbeit innerhalb der Brigade berichtet wird“. Unter den Motivationen für eine gute Zusammenarbeit innerhalb der Brigaden zeichneten sich zwei Gruppen ab: Die Brigade kann zusammenwachsen, weil man die Betriebsziele und auch die Ideologie bejaht; sie braucht aber auch nichts anderes darzustellen als eine „Notgemeinschaft Ausgebeuteter und Entrechteter“. Der soziale und weitgehend auch der wirtschaftliche Effekt ist in beiden Fällen fast unverändert gleich groß. „Eines ihrer Ziele“, resümiert die Studie, „scheint die Ideologie offenbar weitgehend erreicht zu haben: Solidarität, freilich nicht der ‚Arbeiterklasse‘, sondern der kleinen Gruppen — zum Teil für, zum Teil wider das Regime.“

Das Verhältnis zu den Vorgesetzten und Privilegierten

Bezüglich des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Vorgesetzten im Betrieb fällt zunächst auf, daß die befragten Arbeiter Begriffe wie „Angestellter“ und „Parteileute“, ferner auch „höhere Vorgesetzte“ und „Partei“ häufig synonym gebrauchten.

Die persönlich gemachten Erfahrungen der Arbeiter mit SED-Mitgliedern im Betrieb machen das für die SBZ typische „Spaltungsdenken“ deutlich. Der nicht regimehörige Arbeiter trennt Politik und Person. Seine menschlichen Beziehungen zu Parteimitgliedern schneiden dabei besser ab als die politischen. Die Studie bezeichnet dieses Ergebnis als einen gewissen „Achtungserfolg“ der SED-Leute in den Betrieben. Doch wird nicht ganz klar, ob dieser Erfolg auf das Konto der zuverlässigen oder der unzuverlässigen Parteielemente zu buchen ist. Sicher ist nur, daß zum Zeitpunkt der Erhebung nur ein Drittel der SED-Mitglieder von den Befragten als absolut linientreu bezeichnet wurde, daß ferner rund die Hälfte der befragten eindeutig marxistisch eingestellten Arbeiter (das waren 10—15 Prozent aller Befragten) Nationalkommunisten (Titoisten) waren. Die Studie folgert aus diesen Ergebnissen, daß der SED bis 1956 der Übergang von der Massenpartei zur Kaderpartei noch nicht gelungen war. Insgesamt betrachtet, kommt die Studie jedoch zu dem Ergebnis, daß, obgleich die Partei eine bedeutende Rolle in der betrieblichen Hierarchie der Zone spielt, das Verhältnis der Arbeiterschaft der Zone zu den ihr vorgesetzten Stellen „sich prinzipiell nicht so sehr von den Verhältnissen in westlichen Betrieben unterscheidet“. Wie sehr auch die Verhältnisse institutionalisiert sein mögen, die betriebliche Hierarchie strafft, die Arbeitsdisziplin scharf sein mag — das menschlich-persönliche Element überlagert die betriebliche Ordnung fortgesetzt. Die Direktoren, „mit denen man meist offen über alle Probleme und Mißstände reden kann“, verschanzen sich meistens hinter offiziellen Thesen der Ideologie, von denen sie sich gleichzeitig persönlich distanzieren („Ich kann nichts machen“). „Es kommt ganz auf den Menschen an“, war der immer wieder zu hörende Kehrreim. Einerseits sagt man: „Wir konnten mit dem Direktor reden, was wir wollten, es

wurde doch alles politisch ausgelegt, und wir wurden mit der ‚Zukunft‘ vertröstet.“ Andererseits heißt es: „Genosse Direktor oder Kollege Direktor — es geht doch etwas leichter als früher, man geht doch anders ’ran heute, ohne Formalitäten.“

Da viele höhere Angestellte und Funktionäre in den Betrieben der Zone früher selbst Arbeiter gewesen sind, wurde auch die Frage gestellt: „Bleiben die Aufgestiegenen im Herzen Arbeiter?“ Die Antwort auf diese Frage fiel eindeutig aus: Nur fünf der befragten Arbeiter bejahten sie, alle anderen verneinten sie oder machten stärkere Einschränkungen. Damit ist die negative Antwort, die Milovan Djilas (Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems. München 1958; vgl. Die Welt der Bücher, 1958, S. 543) rein hypothetisch auf diese institutionelle Kernfrage des kommunistischen Sozialsystems gegeben hat, für den Bereich der deutschen Sowjetzone auch empirisch belegt.

Sehr komplex erscheint das Verhältnis des Arbeiters zu den Angestellten und zur „Intelligenz“. Daß über „zu viele Angestellte“ geklagt wird, ist dabei nicht sonderlich aufschlußreich. (Diese Klage kann man in allen modernen Industriewirtschaften hören.) Spezifisch für die Zone ist vielmehr die Dreiteilung, die die Arbeiterschaft gegenüber anderen Sozialgruppen im Betrieb vorgenommen hat. Sie unterscheidet: „Angestellte“, „alte Intelligenz“, „neue Intelligenz“. Das Verhältnis zur „alten Intelligenz“, das sind Ärzte, Professoren, z. T. auch Ingenieure, ist dabei am wenigsten belastet. Diese Gruppe wird als „freundlich und vornehm“ bezeichnet. Ausgesprochen gespannt ist hingegen das Verhältnis zur „neuen Intelligenz“. Die Vertreter dieser Gruppe verdienen nach Ansicht der Arbeiter zuviel. „An sich ist es natürlich, daß ‚die Leute oben‘ mehr Geld haben; hier ist es aber nicht natürlich, weil sie nicht mehr leisten“, heißt es. Oder: „Sie ist auch nichts Besseres, wenn sie sich auch so fühlt.“ Zwischen „alter“ und „neuer Intelligenz“ stehen, was die innerbetrieblichen Spannungen zwischen Arbeitern und anderen Sozialgruppen anbelangt, die „Angestellten“. Teils kommt man mit ihnen aus, teils nicht. Hierbei spielen stereotype Verhaltensmuster, die sich an der Haltung zur Partei orientieren, die entscheidende Rolle. „Von denen, die in der Partei sind — deutlicher Abstand; mit denen, die nicht in der Partei sind — guter Kontakt“, heißt es — oder umgekehrt, je nach Einstellung des Befragten zur Partei. Dazu tritt noch ein anderer Gesichtspunkt: „Ab 600—700 DM werden die Angestellten unangenehm, es gibt Konflikte.“ Der Inhalt der Lohn- oder der Gehaltstüte bestimmt weitgehend die Einstellungen der Arbeiter zu anderen sozialen Gruppen mit. Das erklärt sich weniger daraus, wie die Studie betont, daß die Arbeiter den anderen die höheren Gehälter nicht gönnten, sondern aus dem wirtschaftlichen Status des Industriearbeiters in der Zone: er lebt am Rande des Existenzminimums, er war — zumindest zum Zeitpunkt der Untersuchung — „proletarisert“; und zwar im Sinne der ursprünglichen Wortbedeutung: „Er denkt an die nackte Existenz und vergißt darüber ideelle Werte“, heißt es in der Studie. „Proletarische Bewußtseinsbildung“ im Sinne der offiziellen Ideologie kannte die Arbeiterschaft dagegen kaum. Die längst mittelständisch-kleinbürgerliche Haltung der westlichen Arbeiterschaft ist ihr fremd geblieben — oder wieder verlorengegangen.“

Dieses Selbstbewußtsein der Arbeiter, Proletarier — im Sinne Marxens, nicht der Partei — zu sein, denn sie fühlen sich nicht als Mitbesitzer der Volkseigenen Werke, sondern

bezeichnen sich als „bezahlte Lohnarbeiter“ oder als „ausgebeutet“, ist jedoch wiederum eigentümlich gebrochen. Man stößt sich an den neuen „künstlichen Klassenschranken“. Man empfindet „das heutige Verhältnis zwischen Arbeitern und Intellektuellen als einen Rückschritt gegenüber der ‚Volksgemeinschaft‘ der Nazizeit“. Die letztgenannte These, fährt die Studie fort, „trat uns oft entgegen; obwohl die Befragung das Problem nicht speziell anschnitt, drängt sich die Vermutung auf, daß Residuen der nationalsozialistischen Ideologie wahrscheinlich in der Sowjetzone eine nicht unbeachtliche Rolle spielen“. Insgesamt betrachtet, läßt sich aus der Einstellung der Arbeiter gegenüber den privilegierten Schichten schließen, „daß der Versuch einer verwaltungstechnisch geschaffenen Nivellierung der Gesellschaft nicht die erwünschten Wirkungen auf das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft der SBZ gehabt hat: Das orientiert sich vielmehr an früheren Gesellschaftsordnungen, wie die innere Anerkennung der ‚alten Intelligenz‘ beweist.“

„Innerbetriebliche Demokratie“

Unter „innerbetrieblicher Demokratie“ versteht man in der Sprache der Zone das Prinzip des betrieblichen Mitspracherechtes. Es ist theoretisch in allen Industriegruppen verwirklicht. Das Prinzip wird in einem erstaunlichem Ausmaß von fast allen Befragten gutgeheißen. Gegenüber seiner praktischen Anwendung in den Betrieben — die sog. „Produktionsberatungen“ finden wenigstens einmal monatlich statt und behandeln Materialbeschwerden, Normen, Prämien, organisatorische und technische Verbesserungsvorschläge — werden jedoch von 90 Prozent der Befragten Bedenken angemeldet. Man dürfe reden, es geschehe aber nichts. Oder, etwas pointierter formuliert: „Man kann zwar frei reden, aber nur über Dinge, die in deren Programm passen. Sagt man etwas anderes, dann versuchen sie, einen ideologisch anzupassen.“ Das heißt mit anderen Worten: Produktionsberatungen und Innerbetriebliche Demokratie stehen im Dienste der Betriebspolitik. „Für grundsätzliche Kritik bleibt kein Raum.“ Damit „erfüllen sie in der Praxis der SBZ weitgehend jene Funktion, die einige amerikanische Betriebssoziologen in ‚autokratisch‘ geführten Betrieben der westlichen betriebspsychologischen Praxis zuschreiben: man kann ‚Dampf ablassen‘“. Immerhin ist das besser als gar nichts.

Die Einstellungen in den verschiedenen Industriezweigen gegenüber der Partei

Eine gewisse Sonderstellung unter der Industriearbeiterschaft der Zone nehmen die Bauarbeiter ein. Ihre Einstellung zum Betrieb ist fast 100prozentig positiv. Dafür ist ihr Verhältnis zur SED und zum FDGB (kommunistische Gewerkschaften) erheblich schlechter als das anderer Industriegruppen. Die Gründe dafür sieht die Studie in der besonderen Arbeitsorganisation der Bauarbeiter: wegen der weitverzweigten Baustellen sind sie von den Parteifunktionären nur schwer zu beeinflussen. Im Gegensatz dazu steht die Einstellung der Arbeiterschaft der chemischen Industrie. Hier ist das Verhältnis zum Betrieb überdurchschnittlich schlecht, dafür stellt diese Arbeitergruppe relativ die meisten FDGB-Mitglieder. Trotzdem blieb das Verhältnis dieser Arbeiter zur Partei ausgesprochen schlecht. Die Arbeiter wehren sich gegen die Agitation der Kader (was die Bauarbeiter gar nicht nötig haben, denn

sie werden von der Partei fast nicht erreicht). Die Arbeiter der chemischen Industrie weichen daher aus: Sie werden Gewerkschaftsmitglieder. Woraus die Studie wiederum folgert, daß der FDGB nicht zu den radikalen Institutionen der Zonen-Ideologie gehört. Eine gewisse Mittelstellung nehmen dagegen die Arbeiter der elektrotechnischen Industrie ein. Ihr Verhältnis zum Betrieb ist überdurchschnittlich gut, ihre Einstellung gegenüber der Partei tendiert zu einem indifferenten Mittelmaß. Die Studie weist darauf hin, daß die elektrotechnische Industrie ganz ähnlich überschaubare Verhältnisse wie die chemische Industrie hat, die für eine Agitation der Parteikader besonders günstig sind. „Es drängt sich aus dem Vergleich beider Industriegruppen die Schlußfolgerung auf, daß die Aktivität der Betriebsparteigruppen in einem reziproken Verhältnis zum Betriebsklima stehen könnte.“

Der Arbeiter im Spannungsfeld der Kommunikationen

Der Arbeiter der Sowjetzone lebt in einem hochgradigen Spannungsfeld, dem er sich nicht entziehen kann, das ständig auf ihn einwirkt und seine Meinungen und Einstellungen mitbestimmt. Seine Denkweise ist ungewöhnlich ambivalent. Diese Ambivalenz wird nicht nur durch die gegenwärtige politische Situation (Ost—West) hervorgerufen. Ihr liegen auch bestimmte stereotype Vorstellungen von „gesellschaftlicher Ordnung“ aus der Vergangenheit zugrunde, die trotz massiven Propagandaeinsatzes der Partei bis heute nicht abgebaut worden sind, sondern sich eher zu versteifen scheinen, gerade weil der Arbeiter die ständigen psychologischen Knetkuren durch die Partei ablehnt (vgl. auch sein Verhältnis zur „Intelligenz“). Aktuell aufgeladen wird freilich diese konträre Einstellung zum Regime durch die vielfältigen Formen der Begegnung, die jeder Mensch in der Zone mit dem „Westen“ hat. Gleichzeitig wird sie immer wieder unter Beschuß genommen durch die staatlich dirigierte Massenmedien der Zone. Da diese Beeinflussung ebenso stark auf den Arbeiter einwirkt wie die ihm zugängliche Information aus der westlichen Welt, lebt er in einer fortgesetzten inneren Spannung.

Westkontakte

Auf die Frage: „Woher bekamen Sie Ihre Information über den Westen?“ wurden folgende Antworten (in Prozentsätzen) gegeben:

	Meinungsumfrage			
	Intensiv-interv.	Gesamtheit	Zeitungsleser	Nichtleser
Basis	76	295	240	49
Es erhielten Informationen durch:				
Rundfunk	36	29	26	47
Besuch (persönlich im Westen)	29	35	39	16
Briefwechsel	57	28	27	33
Hörensagen,				
Besuch aus dem Westen	47	34	35	33
Westzeitungen	8	3	3	2
Besuch in West-Berlin	4	11	11	10

Diese Angaben besagen, daß „sicher mehr als die Hälfte — wahrscheinlich weit mehr! — ihre Berichte aus dem und über den Westen in unmittelbarem Kontakt mit Bewohnern der Bundesrepublik erfährt“. (Aus diesem Sachverhalt erklärt sich hinlänglich die Politik der Zonenmachthaber, den Ein- und Ausstrom aus der Zone und in

die Zone möglichst niedrigzuhalten.) Die zweitgrößte Gruppe bezieht wiederum ihr Wissen über den Westen durch den direkten Kontakt mit der ersten Gruppe. Die hohe Soziabilität, die verwirklichte Gruppensolidarität, die die Ideologie anstrebt, hat hier für das System höchst unerwünschte Nebeneffekte: Sie fördert ohne Frage den raschen Austausch von Nachrichten, die sich auf den Westen beziehen. Neben solchen direkten Kontakten, wie sie bis 1956 bestanden — bis zu diesem Jahr besuchten 21 Prozent aller über 15 Jahre alten Bewohner der Zone jährlich die Bundesrepublik —, spielte nur noch der Rundfunk als Übermittler von Informationen aus dem Westen eine besondere Rolle. (In dieser Hinsicht ist seine Bedeutung für die Bewohner der Zone seitdem unausgesetzt gestiegen.)

Die Rundfunkinteressen

Welche Sendungen hört der mitteldeutsche Arbeiter vorzugsweise? Auf diese Frage antwortet die Studie: diejenigen, die ihn nicht belasten, also entspannende Sendungen, leichte Musik, Operette, Bunte Abende. Seine Rundfunkinteressen unterscheiden sich in nichts von denen des Durchschnittshörers im Westen. Die Sendereihen des sog. Gehobenen Programms, über die auch der Zonenfunk verfügt, wurden von ihm in keinem Falle genannt. Das bedeutet, daß die vom Regime erstrebte „Qualifizierung der arbeitenden Klasse“ durch Sendungen wie „Arbeiteruniversität“, „Aus dem Volkskunstschaffen unserer Republik“, „Das Jugendmagazin“, „Pulsschlag der Zeit“, „Aus Wissenschaft und Technik“, „Kurze Einführung in die Kernphysik für Werktätige“ bis heute bei den von ihnen Angesprochenen kein Echo gefunden hat. (Partei und Rundfunk der Zone sind sich dessen bewußt. Sie verpacken daher die Ideologie in „leichte Unterhaltung“, oder sie versuchen ihre ideologischen Sendungen besonders geschickt zu plazieren.) Von den Westsendern wird nicht in erster Linie RIAS gehört, sondern die Arbeiter schalten auf den Nord- und den Westdeutschen Rundfunk. RIAS als der „gefährlichste“ Westsender ist am stärksten gestört.

Die Zeitung als Beeinflussungsmittel

Drei Viertel aller befragten Arbeiter lasen regelmäßig oder gelegentlich die Zeitungen der SED. Diese waren ihre Hauptnachrichtenquelle. Sie gehören zu den selbstverständlichen und undiskutierten Gegenständen des Zonenalltags des Arbeiters. Warum das so sei? „Die Aufrufe für Lebensmittel erscheinen in den SED-Zeitungen stets zuerst.“ (Auch wenn heute von einer Lebensmittelrationierung im strengen Sinne in der Zone nicht mehr gesprochen werden kann, so gilt doch, daß die lokalen SED-Zeitungen vor allen andern Blättern, die übrigens nicht leicht zu beschaffen sind, die Nachrichten publizieren, die den Zonenbewohnern besonders „hautnah“ sind.) Was lesen die Arbeiter in der Zone? An erster Stelle wurde „aktuelle Politik“ genannt, unpolitische Aktualitäten erscheinen dagegen erst an sechster Stelle. „In der Bundesrepublik ist die Relation genau umgekehrt!“, stellt die Studie fest (auf Grund der Ergebnisse einer Repräsentativumfrage über das Verhältnis von Zeitung und Arbeiter in der Bundesrepublik, Hamburg/München, August 1956). Dabei verfügt auch die Ostpresse über Sparten wie „Lokales“, „Unterhaltung“, „Sport“ und „Wirtschaft“, die ihrem Umfang nach denen in westdeutschen Blättern entsprechen. Das Ergebnis dieses Vergleichs wird wie folgt

kommentiert: „Hier deutet sich offenbar eine prinzipielle Verkehrung der Bewußtseinsinhalte, eine Entfremdung zwischen den beiden Gruppen der deutschen Arbeiterschaft an, deren Ausmaß und Weiterentwicklung uns sorgfältiger Beachtung wert zu sein scheint. Das ganze Ausmaß der Politisierung der öffentlichen und der privaten Sphäre der Zone wird angezeigt — der eine Entpolitisierung der Interessen breiter Schichten in der Bundesrepublik gegenübersteht.“

Aus den Erhebungen geht hervor, daß ein beträchtlicher Teil der ostzonalen Arbeiterschaft die politischen Nachrichten ihrer Presse an den zahlreichen Vergleichsmöglichkeiten durch Westfunk und persönliche Kontakte mit dem Westen mißt. „Wenn Regierungsmitglieder unter geheimen Umständen verreisen, die Aufrüstung der Zone, schlecht besuchte Aufmärsche — alles wird bemerkt, wenn die Zeitungen es auch mehr oder weniger übergangen haben.“ Die Einstellung zur Presse ist überhaupt kritisch. Ein Teil der Befragten findet sich nicht mit der „Parteilichkeit der Nachricht“ ab. Eine beträchtliche Gruppe von Kritikern wendet sich gegen den unausgesetzten Euphemismus, dessen sich die ostzonale Presse bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Zone bedient. Da, wo unzureichend oder falsch aus der Arbeiterwelt berichtet wird, ist die Kritik der Arbeiter besonders scharf.

Die Einstellung zu den „Errungenschaften der DDR“

Was sich schon in dem eingangs angeführten Vergleich zwischen der Einstellung des Arbeiters zum Regime und seiner Einstellung zur Eigentumsfrage abzeichnete, wird noch deutlicher an Hand der Ergebnisse, die das Verhältnis des Arbeiters zu den „Errungenschaften des Arbeiter- und Bauernstaates“ betreffen. Unter solchen „Errungenschaften“ sind nach Ausweis der Studie im ideologisch korrekten Sinne zu verstehen: 1. Die kommunistische („sozialistische“) Herrschaft in der SBZ. 2. Die Durchführung der radikalen Bodenreform in der Landwirtschaft. 3. Die Schaffung des Volkseigentums in der Industrie der SBZ. 4. Brechung des Bildungsmonopols. 5. Eine große Anzahl von zusätzlich geschaffenen oder auch nur vorgefundenen und übernommenen oder einfach beibehaltenen (geistig usurpierten) Sozialleistungen. Die ersten vier Gruppen von „Leistungen“ werden dabei als „Grunderrungenschaften“ definiert; die Gruppe der Sozialleistungen bildet hingegen die von den Grunderrungenschaften „abgeleiteten Errungenschaften“. Sie „sollen in der Propaganda den Menschen ganz offenbar die ersten schmackhaft machen“. Die befragten Arbeiter nannten nun im Gespräch über die „Errungenschaften“ der Zone immer nur jene „abgeleiteten Errungenschaften“, die Sozialleistungen, obgleich kein Zweifel darüber besteht, daß „in der Propaganda der SED die ‚Grunderrungenschaften‘ ebenso häufig erwähnt werden wie die ‚abgeleiteten Sozialleistungen‘“. Am häufigsten wurden genannt: Kindergärten, Kinderkrippen und -horte im Betrieb, Erholungsheime, Kurheime, Sanatorien für die Arbeiter, auch Lohnausgleich bei Krankheit und Krankenversicherung ganz allgemein. Etwas tiefer eingestuft wurden FDGB-Urlaubsheime. Die Einrichtungen im einzelnen alle aufzuführen, würde hier zu weit führen. Viele von ihnen, so sagt die Studie, würden jeden Industriebetrieb der Welt als modern, fortschrittlich und sozial aufgeschlossen charakterisieren. Daß das Schwergewicht all dieser Einrichtungen betont im betrieblichen Bereich liegt, „erscheint als neuerliche Be-

stätigung dafür, daß das Regime der SBZ alle die Produktion begünstigenden Einrichtungen bevorzugt behandelt“. Daher betrachten die Arbeiter diese „Errungenschaften“ als echte Werte: sie kommen ihnen und ihren Familien zugute. Sie möchten daher diese Einrichtungen nur ungern missen. Über drei Viertel aller Befragten wünschten die Übernahme dieser „Errungenschaften“ in ein wiedervereinigtes Deutschland. Inwieweit ähnliche soziale Einrichtungen in der Bundesrepublik vorhanden sind, war freilich vielen Befragten unbekannt.

Die Studie faßt das Verhältnis des Arbeiters zu den „Errungenschaften“ des Systems in folgenden drei Punkten zusammen:

„1. Das Verhältnis ist bei einer Minderheit der Arbeiter als abwartend-feindlich, bei der Mehrzahl als abwartend-kritisch, bei einer kleinen Gruppe als unbedingt positiv zu bezeichnen. Was den Arbeiter zu diesem Staat hinzieht, ist die breite Skala offenbar wirklich sozialer Einrichtungen, Möglichkeiten und Bestimmungen. Was ihn aber abstößt, ist die Tatsache, daß er bei schwerer Arbeit zu wenig Reallohn erhält. Die schwere Arbeit führt nicht, wie in der Bundesrepublik, zur Teilnahme am Zivilisationskomfort, am sozialisierten Luxus, sondern der Arbeiter der SBZ lebt ihr zum Trotz am Rande des Existenzminimums. Sollte sich das einmal ändern, so wird zu untersuchen sein, ob er seine Einstellung zum ‚Staat der Arbeiter und Bauern‘ nicht revidieren wird.“

„2. Eine Bagatellisierung der sozialen Seite der ‚Errungenschaften‘ . . . wird das Gegenteil eines propagandistischen Erfolges beim Arbeiter der SBZ zur Folge haben. Der Zonenarbeiter ist Propagandathesen gegenüber, deren Gehalt er im eigenen Lebensbereich überprüfen zu können glaubt, überaus kritisch eingestellt.“

„3. Die Tatsache, daß nur die ‚abgeleiteten‘, nicht aber die ‚Grunderrungenschaften‘ genannt wurden, läßt vermuten, daß der Prozeß der Gleichschaltung des Denkens im kommunistischen Sinne noch in den Anfängen steckt . . .“

Die Stellung zur Sowjetunion und deren Bedeutung für den Sozialisierungsprozeß in der Zone

Die Arbeiter wurden nicht ausdrücklich nach ihrer Einstellung zur Besatzungsmacht gefragt. Die Beurteilung „der sowjetischen Freunde“ ergab sich spontan im Zusammenhang mit anderen Fragen. Aus diesen Meinungsäuße-

rungen ergab sich folgende Einstellung des Arbeiters zur UdSSR:

prosojetisch	3 v. H.
keine Meinungsäußerung	34 v. H.
insgesamt antisowjetisch	63 v. H.
davon: unverkennbare Abneigung	20 v. H.
deutliche Aggression	24 v. H.
starke Aggressionen	10 v. H.
extreme Haßgefühle	9 v. H.

Das Ergebnis ist vielleicht das eindeutigste der ganzen Untersuchung. Die Schuld an allem, was nicht in Ordnung ist, liegt nach Ansicht der Arbeiter bei den „Russen“. Die Zonenregierung wird in diesem Zusammenhang als ganz unwichtig („Marionetten“) oder als behindert angesehen. „Ein qualitativer Vergleich der Antworten zu diesem Problem“, so heißt es in der Studie, „läßt den Eindruck entstehen, daß von der Mehrzahl der befragten Arbeiter im Verhältnis zu den Sowjets das Schlüsselproblem der Zone gesehen wird, ein Problem, dessen Lösung zugleich zahlreiche politische, wirtschaftliche und soziale Fragen einer Lösung zugänglich machen würde.“ Das hier zutage getretene Phänomen ist erstaunlich: Eine Arbeiterschaft, die zum großen Teil jahrzehntlang den extremen Marxismus leidenschaftlich vertreten hat, wehrt sich heute derart gegen ihn, daß er sich nicht durchzusetzen vermag. Der Grund dafür liegt vor allem im Emotionalen: Der Stolz des marxistisch eingestellten Arbeiters der Zone läßt es nicht zu, daß ihm etwas aus der Sowjetunion reexportiert wird, was er in reiner Form schon zu einem Zeitpunkt besaß, als noch niemand von einer „mächtigen Sowjetunion“ sprechen konnte. Hier erweisen sich nationale Traditionen stärker als die vielzitierte „Solidarität des internationalen Sozialismus“. Mit anderen Worten: Die „Russen“ selbst sind der Bremsblock der von ihnen intendierten Entwicklung, die freilich nur dank ihrer machtpolitischen Präsenz in der Zone eingeleitet werden konnte — die jedoch unzweifelhaft auch heute noch in andere Bahnen drängen würde, wenn die Zone über einen politischen Kopf verfügte, der — nationalkommunistisch profiliert wie etwa Gomulka in Polen — stark und klug genug wäre, der DDR im Bewußtsein ihrer Bürger zu einer weithin von russischem Einfluß freien selbständigen sozialen Ordnung zu verhelfen. Ob sich unter solchen Voraussetzungen die Chancen für eine Wiedervereinigung — nach westlichen Vorstellungen — erhöhen würden, muß jedoch bezweifelt werden.

Aktuelle Zeitschriftenschau

Theologie

BEUMER, Johannes, SJ. *Der Begriff „traditiones“ auf dem Trienter Konzil im Lichte der mittelalterlichen Kanonistik*. In: Scholastik Jhg. 35 Heft 3 (1960) S. 342—362.

Ein bemerkenswerter Nachweis, daß „der verwirrende Gedanke an eine Vielheit von ‚Überlieferungen‘, die sich zu dem möglicherweise auf einen dem Offenbarungsgut (der einen Tradition) eigentlich wesensfremden Bereich, den der kirchlichen Disziplin und der liturgischen Gebräuche, erstreckten“, auf den Einfluß der Kanonisten besonders seit der IV. Session des Konzils zurückgeht. Aber die Definition, die die Existenz einer mündlichen Glaubens- oder Lehrüberlieferung formell von der biblischen Überlieferung unterscheidet, wollte die rein kirchlichen Traditionen nicht mit einbeziehen (vgl. ds. Heft, S. 570 ff.).

CONGAR, Yves M.-J., OP. *Sainte Écriture et Sainte Église*. In: *Revue des sciences philosophiques et théologiques* Bd. 44 Nr. 1 (Januar 1960) S. 81—88.

Im Hinblick auf den Bericht über neue Forschungen zum Traditionsprinzip in diesem Heft verweisen wir auf diesen Beitrag von Congar, der sich

besonders mit dem Buch von G. H. Tavad: *Holy Writ or Holy Church* beschäftigt. Hier wird einmal von einer anderen Seite aus die unzertrennliche Einheit der Offenbarungsquellen dargestellt.

DEJAIFVE, Georges, SJ. *Le Premier des évêques*. In: *Nouvelle Revue théologique* Jhg. 92 Nr. 6 (Juni 1960) S. 561—579.

Diese Abhandlung ist ebenso wie die folgende von J. Pegon SJ über: *Épiscopat et Hiérarchie au Concile de Trente* (S. 580—588) mit deutlichem Hinblick auf das kommende Konzil geschrieben. Die „Ironie des Schicksals“, daß der von Christus gewollte Fels der Einheit zum Stein des Anstoßes für die getrennten Christen geworden ist, muß eine Korrektur finden, indem die isolierte Lehre des Vaticanum über Primat und Unfehlbarkeit in ihren vollen ekklesiologischen Zusammenhang mit der Lehre über den Episkopat gebracht wird.

FRIES, Heinrich. *Vom Formalprinzip des Katholizismus*. In: *Catholica* Jhg. 14 Heft 2 (1960) S. 118—132.

An Hand von J. R. Geiselman: „Die lebendige Überlieferung als Norm des christlichen Glaubens“ zeigt der Verfasser die Bedeutung der Theologie der Überlieferung von Joh. Ev. Kuhn und der Tübinger Schule, daß und